

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Richard Kretschmer
Verlagsredaktion: Richard Kretschmer
Verlag: Richard Kretschmer

Verlagsdirektor: Richard Kretschmer
Verlagsredaktion: Richard Kretschmer
Verlag: Richard Kretschmer

Verlagsdirektor: Richard Kretschmer
Verlagsredaktion: Richard Kretschmer
Verlag: Richard Kretschmer

Wahlkampf bei den Parteien in Genf Der englische Abrüstungsvorschlag verwässert

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 22. April. Sofort hat sich heute die starke Wirkung der Tardieu-Reise nach Genf und des energischen Eingreifens des französischen Ministerpräsidenten in die Abrüstungskonferenz gezeigt. Waren die Franzosen hier gestern trotz Paul Boncour's großer Rede und des Gegenstoßes Titulescus' ausgesprochen in die Verteidigung gedrängt, so haben sie heute wieder ihren Willen durchgesetzt. Tardieu's Arbeit hinter den Kulissen tut ihre Wirkung. Der englische Außenminister Simon schwächte heute morgen seinen Vorschlag, der bekanntlich eine Verringerung der Munitionsgrenzen verlangt, im Sinne des gestern von Titulescu vorgebrachten Gegenantrags entscheidend ab. Es soll aber vorläufig nichts festgelegt werden.

Die Konferenz blüht platonisch das Prinzip der „qualitativen Abrüstung“, behält sich aber volle Freiheit vor, später zu entscheiden, ob eine Internationalisierung (Mittlung durch Völkerbundstarnung) oder aber ein Verbot dieser schweren Waffen beschlossen werden soll.

von denen die Franzosen behaupten, daß sie zur Aufrechterhaltung der Sicherheit unbedingt notwendig seien. Titulescu und nach ihm Tardieu verständig konnten mit einem Unterzorn grüßter Befriedigung, der neuen englischen Entschlossenheit warm zustimmen. Der französische Ministerpräsident hat also die Genehmigung, die er im Hinblick auf die Wahl braucht, erhalten, und seine Presse kann sich beruhigen. Das ist Tardieu gelungen, obgleich alle Großmächte sonst für den ursprünglichen englischen Vorschlag waren und die Franzosen außer ihren europäischen Verbündeten von denen sich erstreckenderweise Belgien fernhielt nur acht südamerikanische Staaten und Perlen hinter sich wählten.

Es war ein ziemlich klägliches Schauspiel, als heute morgen die Gesamtkonferenz und mit ihr auch Radoiu, Yippongi und Litwinow dem neuen, verfallenen Antrag zustimmten.

Der Vertreter Deutschlands betonte dabei allerdings, daß Deutschland natürlich nur in einer Perestroika der schweren Waffen nach dem Muster der in Deutschland seinerzeit durchgeführten Entwaffnung eine Lösung sehen könne. Er hätte aber nach unserer Meinung mindestens die neue Verschiebung der Völkerbundmethode des ewigen Ausweichens vor den Entscheidungen laßt.

Der englische Ministerpräsident Macdonald war zugleich mit Tardieu ebenfalls kurze Zeit heute früh im Sitzungssaal. Vom deutschen Reichsminister war leider nichts zu sehen.

Die Besprechungen der Staatsmänner

Heute scheint in Genf endlich die Frühlingssonne, und dafür empfängliche Leute hoffen auf eine Beilegung der Stimmung und auch auf milde Luft im Konferenzsaal, wie in den Zimmern der großen Hotels, wo seit gestern eine Besprechung der hier verammelten Staatsmänner auf die andere folgt. Es hat nicht viel Wert, diese Zusammenkünfte alle der Reihenfolge nach anzuhören und jede mit neuen Kombinationen und Vermutungen zu umgeben.

Tardieu ist, daß diesmal ausnahmsweise fast durchweg strengste Verschwiegenheit gewahrt worden ist.

Am meisten Bedeutung mißt man dem freilich erst am Abend langen Zusammenkunft bei, die Bränning gestern abend mit Tardieu im Hotel Metropole hatte. Hier steht wenigstens so viel fest, daß keinerlei ernsthafte Annäherung erfolgte, vielmehr nicht einmal versucht worden ist, sondern daß beide Staatsmänner nur die Gelegenheit wahrnahmen, sich gegenseitig ihren Standpunkt ausführlich auszuwandeln, wobei zweifellos von beiden Seiten auch der Druck und die Zwangslage auf Grund der innerpolitischen Situation ausgespielt worden ist.

Tardieu scheint überhaupt gegenwärtig auf schärfste mit diesem Mittel zu arbeiten.

Man muß dabei auch daran denken, daß ihm in letzter Zeit doch mangelhaft ausgerollt ist. Vorläufig liegt die Bewirtlichung sowohl seines Donauplanes wie auch der englisch-französischen Entente noch in weiter Ferne. Sicherem Vernehmen nach hat er gestern auch bei Titulescu keineswegs besondere Erfolge gehabt. Die Amerikaner denken auch an ihre Wahlen. Schon aus diesem Grunde müssen sie jedes Entgegenkommen in Richtung auf die französischen Sicherheitswünsche und die Schuldenreicherung ablehnen. Jedenfalls — das dürfte sich auch Titulescu klar gemacht haben — denkt niemand in Washington hieran, ohne die amerikanische Überlegenheit in Europa, die die amerikanischen Opfer auch lohnen könnte.

Dementsprechend hat gestern die Abrüstungsfrage besonders stark im Vordergrund der Verhandlungen zwischen den Ministern gestanden. Die Amerikaner sind in dieser Beziehung gegenwärtig ausgesprochen aktiv.

Noch niemals ist in Genf ein amerikanischer Staatssekretär anwesend gewesen, noch niemals haben sich an diesem Tage die Ministerpräsidenten Englands, Deutschlands und Frankreichs und dazu noch der Vertrauensmann Mussolinis getroffen.

Sollten diese Männer sich tatsächlich durch innerpolitische Bedenken und durch Wahlangst in einer so unerhörten kritischen Weltlage von großartigen Entschlüssen abhalten lassen, so würde das in der Welt mit Recht die tiefste Enttäuschung und Empörung hervorrufen.

Das aber müßte wieder an einem neuen Vertrauen zwischen den Völkern führen. Dann würde sich aber auch zeigen, daß diese Männer, wenn sie die Stimmung ihrer Völker vorziehen, nicht nur ihre eigenen Pflichten verüßeln, sondern sich in Wahrheit weit unter und hinter dieser Stimmung und in Unkenntnis der wahren öffentlichen Meinung der meisten Länder befinden.

Im Vordergrund der heutigen Besprechungen werden die Unterhaltungen zwischen Bränning und Macdonald stehen. Außerdem wird der Kanzler seine Besprechungen mit Tardieu fortsetzen. Abends treffen sich die fünf Staatsmänner auf einem großen Essen des Völkerbundsekretariats. Danach fährt Tardieu für einige Tage wieder nach Paris.

Man nimmt jetzt an, daß die großen Besprechungen der „Acht“ vielleicht erst Dienstag oder Mittwoch nächster Woche fortgesetzt werden können, weil Tardieu erst dann zurück erwartet wird.

Der Wortlaut des sächsischen Briefes an Groener

(Stk.) Dresden, 22. April. Dem in der Öffentlichkeit laut gewordenen Briefe entsprechend wird das Erlauchen, das der sächsische Ministerpräsident nach dem Verbot der nationalsozialistischen SA-Formationen an den Reichsminister des Innern gerichtet hat, im Wortlaut bekanntgegeben:

„Bereits bei den ersten Besprechungen über die Entlassung der verschiedenen Wehrverbände hat die sächsische Regierung den Standpunkt vertreten, daß alle politischen Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, unter Wahrung strengster Objektivität gleichmäßig nach allen Seiten ergreifen werden müßten. Nach den in Sachsen gemachten Beobachtungen wird diese Gleichmäßigkeit in weiten Kreisen der Bevölkerung, auch soweit sie nicht von dem Verbot betroffen werden, vermißt. Das Reichsministerium des Innern wird ersucht, zu prüfen, ob die Voraussetzungen des Vorhandenseins militärischer Organisationen auch bei anderen Verbänden politischer Parteien vorliegt.“

Linksheke gegen Sachsen

Die Erörterungen über das Reichsbanner und die Notwendigkeit eines Verbotes dieser SA-Schutztruppe haben die Linke in große Verlegenheit gebracht. Sie sucht das durch Abfertigungsmomente zu verschleiern, und das beliebteste Mittel ihrer Kunst ist seit einigen Tagen die sächsische Regierung. Für wird landesbreitweise der Schritt beim Reichsinnenminister zum Vorwurf gemacht, den einige Tage später der Reichspräsident v. Hindenburg ebenfalls unternommen hat. Beide haben in gleicher Weise und fast mit den gleichen Worten verlangt, daß bei Verbotsmaßnahmen von Parteiwehrverbänden gleiche Maßnahme ergriffen werden und daß man der Linken ebenso scharf auf die Fingers sehen solle, wie den Nationalsozialisten. Beim Reichspräsidenten wurde dieser Brief auch von Einblättern als Ausdruck seiner streng überparteilichen Einstellung gekennzeichnet, bei der sächsischen Regierung dagegen soll diese Anrede genau das Gegenteil von Heberparteilichkeit sein, nämlich „Abfertigung des Nationalsozialismus“, die sich besonders der sächsische Innenminister Richter zum Ziel seiner Tätigkeit gemacht habe. Von den Nationalsozialisten hört man's bekanntlich ganz anders.

Was zu welchen Verlegenheiten diese fürliche Rede gegen die sächsische Regierung emporklimmt, zeigt ein Artikel der demokratischen „Völkischen Zeitung“, der dem Innenminister Richter vorwirft, daß er „just am Tage der Reichsbanner gegen die SA und SS die Landesverordnung erlassen, die den Polizeibehörden die Zugehörigkeit zur NSDAP verbietet, ohne Kraft gesetzt hat“. Wie wir dazu von unabhängiger Stelle erfahren, handelte es sich bei dieser angeblichen „Landesverordnung“ um eine Verfügung aus dem Jahre 1923, die inzwischen völlig funktionslos geworden ist, da keinerlei die NSDAP und alle nationalsozialistischen Verfassungen verboten waren und damals dementsprechend eine Zugehörigkeit von Polizeibeamten zur Partei verboten wurde. Seit der Aufhebung des im Jahre 1923 erlassenen Verbots der NSDAP ist den Polizeibeamten die Mitgliedschaft in der NSDAP nicht ausdrücklich verboten gewesen, da nach Ansicht der Reichsregierung und auch des Reichsgerichts die NSDAP nicht zu den Parteien und Organisationen gehört, deren Ziel der gewalttätige Umsturz der Verfassung ist. Die für die Polizeibeamten maßgebenden Bestimmungen über ihre Dienstpflichten und die Grenzen ihrer politischen Betätigung sind im Sächsischen Polizeibeamtengesetz enthalten. Eine eigentliche Landesverordnung über die Zugehörigkeit von Polizeibeamten zur NSDAP hat nicht bestanden und hat daher auch nicht aufgehoben werden können. Das Ministerium hat lediglich für die Anfrage eines Polizeipräsidenten auf diesen Tatbestand verwiesen.

Also wieder einmal ein Schlag ins Wasser!

Die Ver Stimmung zwischen Groener und dem Reichspräsidentenpalais

Berlin, 22. April. Die Antwort des Reichsinnenministers auf das Schreiben des Reichspräsidenten in Sachen des Reichsbanners wird sich, wie an ausländischer Stelle verlautet, abermals verzögern. Die Entscheidung soll nämlich erst fallen, nachdem der Reichsminister aus Genf zurückgekehrt ist, also nicht vor Mitte oder Ende nächster Woche. Unter diesen Umständen verhält sich der Eindruck, daß die hinausgezögerte einer vom Reichspräsidenten baldigst geforderten Klärung von der politischen Arbeit ist, denjenigen Kreisen, die man für den zweifelsohne sehr schroffen Brief Hindenburgs an Groener für verantwortlich hält, eine gewisse Rechtfertigung zu bedeuten. Wie lange freilich der Reichspräsident geneigt sein wird, sich diese Methode gefallen zu lassen, steht dahin. Die Verstimmmungen haben jedenfalls in den letzten Tagen noch weiter zugenommen, da selbstverständlich im Reichspräsidentenpalais ein solches Verhalten als unzulässig und unbotmäßig empfunden werden muß.

Großfeuer zerstört 1300 Häuser

Tollz, 22. April. Durch ein Großfeuer wurden in Tollz 1300 Häuser in Schutt und Asche gelegt. Viele Menschen verbrannten, und zahlreiche Personen wurden verletzt. Der Schaden wird auf etwa 6 Millionen Mark geschätzt.

Das Reichsbanner trifft nur Scheinmaßnahmen

Die „Schufa“ bleibt in Reserve

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. April. Wie das Reichsbanner seine „Demobilisierung“ aufhält, dafür ist die längste Nummer der am morgigen Sonntag erscheinenden Zeitung „Das Reichsbanner“ ein berechtigtes Zeugnis. Ein Vorabdruck dieser Nummer ist nämlich der „Berliner Botschaft“ bereits jetzt in die Hände gefallen und es findet sich hier ein höchst aufschlußreicher Artikel mit der Überschrift „Schufa in Urlaub“. Zunächst wird festgestellt,

daß es „der unwiderstehliche Druck der Eisenen Front“ gewesen sei, der das Verbot der SA bewirkt habe.

Ueber die eigentliche Bestimmung der Reichsbanner-Schufa wird dann folgendes mitgeteilt:

„Die in ihren Auswirkungen verhängnisvoll gewordene jahrelange Schwäche der staatlichen Gewalten hatte schließlich notwendigerweise zur Organisierung der Selbsthilfe geführt. Die Reichsbanner-Schufa wurde zum Schutz der republikanischen Volkstrakt. Fast 400 000 selbständige, freiwillige Kameraden haben sich in Stadt und Land im Laufe eines Jahres in unseren Schutzformationen innerhalb des großen Reichsbannerbundes zusammengeschlossen. Diese 400 000 Männer haben den Eindruck eines zerbrechlichen Nationalismus in das freie politische Staatsbürgerliche Leben mit zu verbinden gewußt. Es muß klipp und klar ausgesprochen werden, daß vielleicht in den Großstädten,

wohl nie aber in den vielen Klein- und Mittelstädten und nie auf dem flachen Land die Polizeikräfte sicher ausgereicht hätten, dem Staatsbürger seine politischen Freiheiten zu garantieren. Es bedurfte ferner Männer des Reichsbanners im Rahmen der „Eisernen Front“. „Uns hätte man die Reichsbanner heranziehen müssen, deren hehre Aufgabe des Grenzschutzes und deren überparteiliche Ansehen darunter nur auf das schwerste hätte leiden müssen. Tausende darunter nur auf das schwerste hätte leiden müssen. Tausende darunter nur auf das schwerste hätte leiden müssen.“

„Hier wird offen zugestanden, daß die Reichsbanner-Schufa als 400 000 Mann starkes Privatheer der Sozialdemokratischen Hilfspolizei für die sozialdemokratische preussische Polizei sein sollte und sollte.“

Zum Schluß wird aber das weitere Schicksal der Schufa gesagt: „Unsere Schutzformationen sind heute aus dem aktiven Dienststand in die Reserve getreten. Wir haben demobilisiert. Schufa in Urlaub!“ Eine erneute Mobilisierung wird für den Augenblick angefangen. In dem die SA wieder zugelassen wird. Die Berliner Verlesung steht in diesem Artikel den Beweis dafür, daß die Schutzformationen nur der Form nach aufgelöst sind, in der Praxis aber als „in Reserve stehend“ weiter bestehen.“

Freitag
Kellerwerk
der Filmkunst
laue Licht
mit
Riefenstahl
Schwank
von märchen-
Schönbelt um-
diese Berg-
s. d. Dolomiten
endliche erlebte
19, 20 Uhr
Freitag, 23. April,
19. 3 Uhr
und vorstellung
laue Licht
und Jugendliche
und 30 Pf.
Theater
in Nöten
Schwank
Edvard Zelenka
Sanderon
Fritzsche
Schrier
Witt
Hermann
Zimmermann
Meier
Melcher
Friedrich
Kaiser
nach 10 Uhr
19. 3 Uhr
19. 30-4000
Otto in Nöten
Theater
Das Veilchen
von Montmartre
von I. Brammer
A. Grünwald
von E. Kälman
Fritzsche
Kiebel
Hartmann
Bijon
de Franciosi
Cavallini
Janda
Fritzsche
Leblanc
Langert
Flecker
Pachler
Langert
nach 11 Uhr
ohne: 3001-3700
Das Veilchen von
Montmartre